



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### AIFM-STEUER-ANPASSUNGSGESETZ: KEINE EINIGUNG IM VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS ZUR HEBUNG STILLER LASTEN

Am 07.06.2013 hat der Bundesrat zum AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz den Vermittlungsausschuss (VA) von Bundestag und Bundesrat angerufen. Hauptgrund war dem Vernehmen nach die geplante Regelung zu den „angeschafften Rückstellungen“. Dieses Thema gehörte ursprünglich nicht zum AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz. Denn mit dem AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz sollen eigentlich die investmentsteuerlichen Regelungen an das neue Kapitalanlage-gesetzbuch (KAGB) angepasst werden, durch welches das Investmentgesetz (InvG) zum 22.07.2013 abgelöst wird.

Laut einer Pressemitteilung (<http://goo.gl/5z48r>) des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) sah sich der VA am 26.06.2013 außerstande, einen Kompromiss herbeizuführen und hat die Entscheidung zum AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz vertagt. Die bis zur Einigung entstehende Rechtsunsicherheit will das BMF nun durch einen Verwaltungserlass beseitigen.

Das Bundesfinanzministerium will zu diesem Zweck mit den obersten Finanzbehörden der Länder einen Verwaltungserlass abstimmen. Durch diese Übergangsregelung soll „sichergestellt werden, dass das geltende Investment-steuergesetz bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens unverändert Anwendung findet“.

Fraglich ist allerdings, ob diese Zielsetzung auf dem Erlassweg erreicht werden kann. Denn zunächst würde für die Anwendung des Investmentsteuergesetzes (InvStG) ab diesem Datum die regulatorische Grundlage fehlen, auf die es sich bezieht. Zahlreiche Regelungen des InvStG würden demzufolge keinen Bezug mehr haben und keinen Sinn mehr ergeben. Zwar können die für den Steuerpflichtigen nachteiligen Gesetzeslücken problemlos im Wege einer Übergangsregelung durch einen Erlass ersetzt werden. Umgekehrt können Gesetzeslücken zugunsten des Steuerpflichtigen nicht per BMF-Schreiben geschlossen werden, denn in diesen Fällen fehlt schlicht eine gesetzliche Grundlage. Gerade im Bereich der Eingriffsverwaltung kann eine gesetzliche Grundlage nicht durch Verwaltungsvorschriften ersetzt werden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

## EDITORIAL

Liebe Leser,

insgesamt 11 Themen wurden am Mittwoch-nachmittag dieser Woche im Vermittlungsausschuss behandelt, so auch das Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie das AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz, zu denen jedoch keine Einigung erzielt werden konnte. Nunmehr soll die informelle Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit wieder aufnehmen und eine Einigung noch im September vor der Wahl vorbereiten.

Nach der Wahl im September wird sich das Karussell weiter drehen, die Themen stehen zumindest in den Wahlprogrammen fest. So hat nunmehr auch die Union am Montag dieser Woche ihr Programm der Öffentlichkeit vorgestellt, und es hagelte mit Blick auf die angekündigten „Wahlgeschenke“ Kritik.

Kritik übt auch das ZEW Mannheim, allerdings an den Plänen von SPD und Grünen bezüglich der Vermögensteuer/Vermögens-abgabe. Diese und andere Themen stehen im Fokus dieser Ausgabe.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

## CONTENT

### → TOP-ISSUES ..... 1 – 7

AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz:  
Keine Einigung im Vermittlungsausschuss  
zur Hebung stiller Lasten

Union beschließt ihr Regierungsprogramm

Erneutes Gutachten zur  
Vermögensbesteuerung – die Konsequenzen  
für Familienunternehmen und die Standort-  
qualität in Deutschland

### → OUTGOING ..... 8 – 12

vom 24.06. bis 28.06.2013

2./3. Lesung im Bundestag zum Abkom-  
men vom 31.05.2013 zwischen der BRD  
und den Vereinigten Staaten von Amerika  
zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei  
internationalen Sachverhalten (...)

Beratung zum Antrag der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen „Steuerflucht durch  
Wohnsitzverlagerung verhindern -  
Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft  
knüpfen“

... sowie weitere Ergebnisse

### → STATUS ..... 13 – 19

vom 28.06.2013

Gesetz zur steuerlichen Förderung von  
energetischen Sanierungsmaßnahmen an  
Wohngebäuden

Entschließung des Bundesrates zum  
Abbau der kalten Progression

Gesetz zur Verkürzung der Aufbewah-  
rungsfristen sowie zur Änderung weiterer  
steuerlicher Vorschriften

Gesetz zur Anpassung des Investmentsteu-  
ergesetzes und anderer Gesetze an das  
AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-STANPG)

... sowie weitere Gesetze

### → UPCOMING ..... 20

vom 01.07. bis 05.07.2013

**Bundestag:** Keine Sitzung,  
nächste Sitzungen: 02.09. und 03.09.2013  
(Sondersitzungen)

**Bundesrat:** 912. Sitzung u. a. zum Entwurf  
eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung  
von energetischen Sanierungsmaßnahmen  
an Wohngebäuden

**Stakeholder:** keine steuerpolitisch  
relevanten Termine

## UNION BESCHLIESST IHR REGIERUNGSPROGRAMM

Am vergangenen Sonntag, den 23.06.2013 hat die Union das Regierungsprogramm unter dem Titel „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“ verabschiedet und anschließend am Montag vorgestellt. Das 125 Seiten starke Papier umfasst unter anderem Themen wie die Sicherung des Wohlstandes, Wachstum generieren, Zusammenhalt stärken, Freiheit und Sicherheit. Die Union spricht sich in ihrem Regierungsprogramm gegen die Steuererhöhungspläne der Oppositionsparteien SPD, Grüne und DIE LINKE aus. Gleichzeitig wollen CDU und CSU neue steuerliche Förderungen auf den Weg bringen. Durch Wachstum würden ausreichend höhere Steuereinnahmen generiert, um neue steuerliche Förderungen finanzieren zu können, so die Union. Ein erklärtes Ziel für die nächste Periode ist die Vorlage eines Haushalts ohne neue Schulden. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

---

## ERNEUTES GUTACHTEN ZUR VERMÖGENSBESTEUERUNG – DIE KONSEQUENZEN FÜR FAMILIENUNTERNEHMEN UND DIE STANDORTQUALITÄT IN DEUTSCHLAND

Erneut stehen die Reformmodelle der Oppositionsparteien BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE im Fokus der Wissenschaft.

Die Studie „Die Folge von Substanzsteuern für Familienunternehmen, Staat und Gesellschaft“, erstellt vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim, kommt zu dem Ergebnis, dass der Vermögensbesteuerung im internationalen Vergleich eine nur unterdurchschnittliche Bedeutung zukomme. (Wir hatten kürzlich im BID-Steuerpolitik 2013.26 über das „Gutachten zur Vermögenssteuer: Die Auswirkungen der steuerlichen Reformmodelle der Oppositionsparteien im Wahlkampf 2013“ berichtet.) Zudem werde dadurch keine, wie durch die Oppositionsparteien betont, gleichmäßigere Vermögensverteilung erzielt. Im Vordergrund der Untersuchung stehen die Auswirkungen der Vermögensbesteuerungen auf die effektive Steuerbelastung sowie die Aspekte Steuerplanung und Ausweichreaktionen. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

---

### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

[www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN [mail@bid.ag](mailto:mail@bid.ag)



### PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔ .....

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

## PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.bid.ag](http://www.bid.ag)

### REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

**Dr. Sandra Busch-Janser**  
[sbj@bid.ag](mailto:sbj@bid.ag), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

**für Energiepolitik:**  
Lillemor Ullrich, [lu@bid.ag](mailto:lu@bid.ag), -26

**für Gesundheitspolitik:**  
Roberta Wendt, [rw@bid.ag](mailto:rw@bid.ag), -27

**für Netzpolitik:**  
Aylin Ünal, [au@bid.ag](mailto:au@bid.ag), -25

**für Steuerpolitik:**  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@bid.ag](mailto:tw@bid.ag), -20

### IMPRINT

Herausgeber: polisphäre e.V.  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

[berlin@polisphäre.eu](mailto:berlin@polisphäre.eu)  
[www.polisphäre.eu](http://www.polisphäre.eu)